

SPD-Kreistagsfraktion | Coesfelder Str. 53, 48249 Dülmen
Landrat des Kreises Coesfeld
Dr. Christian Schulze Pellengahr
Friedrich-Ebert-Str. 7
48653 Coesfeld

17. November 2022

Resolution: „Ja zur Energiewende – Nein zum Fracking“

Sehr geehrter Herr Dr. Schulze Pellengahr,

die beigefügte Resolution „Ja zur Energiewende – Nein zum Fracking“ senden wir Ihnen mit der Bitte um Berücksichtigung in der kommenden Kreistagssitzung zu.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Waldmann

Fraktionsvorsitzender



Anke Pohlschmidt

stellv. Fraktionsvorsitzende



Hermann-Josef Vogt

Schatzmeister

Anlagen

Resolution: „Ja zur Energiewende – Nein zum Fracking“

Resolution: Ja zur Energiewende - Nein zum Fracking

Beschlussvorschlag

Der Kreis Coesfeld bekennt sich erneut zu den Zielen der Energiewende und hat dies in der Vergangenheit durch eigene Maßnahmen und Beschlüsse verdeutlicht. Zu den Zielen auf Landes- und Bundesebene, die zur Verstärkung und Beschleunigung drängen, hat sich der Kreistag in der vergangenen Sitzung einstimmig bekannt.

Darüber hinaus lehnt der Kreistag die umstrittene "Fracking"-Technologie zur unkonventionellen Erdgasförderung im Kreis Coesfeld und im Umland entschieden ab.

Begründung

Die aktuelle Situation darf nicht dazu führen, dass es eine Rückkehr zu fossilen Energieträgern gibt. Im Gegenteil, es braucht entschlossene und zügige Anstrengungen für den Ausbau erneuerbarer Energien.

Insbesondere die Erschließung neuer unkonventioneller Erdgas-Abbaufelder in Deutschland durch die risikoreiche "Fracking"-Technologie ist keine Lösung für die aktuellen Herausforderungen. Erste Mengen wären frühestens in einigen Jahren gefördert und gingen einher mit einem extremen Wasser- und Flächenverbrauch sowie erheblichen Umweltschäden.

Insbesondere das Münsterland ist in früheren Planungen mit unzähligen Bohrplätzen als eine stark betroffene Region ausgewiesen gewesen. Deshalb müssen wir uns in der aktuellen Debatte als Kommunalpolitik deutlich im Interesse unserer Region positionieren!

Mit dieser deutlichen Position unterstützen wir das gültige Bundesrecht, in dem eine Erdgasförderung mittels unkonventionellen Frackings nicht zulässig ist.